Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen" getragen.[1] Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.[2] Hierzu gehöre beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Stiftung Familienunternehmen und Politik	
Rechtsform	Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts
Tätigkeitsbereich	Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen
Gründungsdatum	2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)
Hauptsitz	Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)
Lobbybüro	Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	familienunternehmen.de

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.[3] Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.[4] Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik" 2
2 Definition von Familienunternehmen 3
3 Lobbystrategien und Einfluss 3
3.1 Aktivitäten 3
3.2 Projekte 3
3.3 Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens) 4

3.4 Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer 4
3.5 Einfluss in der Wissenschaft 4
4 Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP 5
5 Erbschaftsteuer 5
5.1 Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer 6
5.2 Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016 7
6 Organisationsstruktur und Personal 8
6.1 Vorstand und Geschäftsführer 8
6.2 Kuratorium 8
6.3 Wissenschaftlicher Beirat 9
6.4 Förderkreis 9
7 Finanzen 10
8 Weitere Informationen 10
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 11
10 Einzelnachweise 11

"Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut Satzung besteht der Zeck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer Satzung ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstands oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

Definition von Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: [5]

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Im Lobbyregister wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.„

Die bekannteste Veranstaltung ist der Tag des Familienunternehmens, der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Projekte

Zu den im Lobbyregister (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer

- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

Im EU Transparenzregister wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das European Forum for Family Businesses dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.[6][7] Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ Dr. Gisela Meister-Scheufelen Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstaatsministers Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.[8] Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke (Wittener Institut für Familienunternehmen), Friedrichshafen (Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen) und Bayreuth (Forschungsstelle für Familienunternehmen). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen[9]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der

Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt. [10] Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.[11][12][13]

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.[14][15]

Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.[16] Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“[17]

Erbschaftsteuer

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.[18] Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12, Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“[19]

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.[20] Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündige am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.[21] Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.[22] Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen" vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis

hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“[23]

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.[24] Zur Begründung heißt es u..: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlungohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“[25]

Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

Im Lobbyregister (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier Ist die Erbschaftsteuer ungerecht? wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer auf die Argumente der Lobby ein.[26] Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär*innen und Milliardär*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.

- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.[27] Gemeinsam mit dem Verband Die Familienunternehmer, ASU setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.[28] ,[29]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.[30] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und Die Familienunternehmer - ASU, worauf Bundesfinanzmininster Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.[31] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.[32][33] Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.[34][35] Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Be triebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.[36] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert[37] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt." [38]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband Die Familienunternehmer, ASU und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit Die Familienunternehmer, ASU sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.[39] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.[40][41]

Laut Süddeutscher Zeiung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.[42] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erbten oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023 erläutert.

Organisationsstruktur und Personal

Stifter im Sinne der Satzung ist ihr Gründer Brun-Hagen Hennerkes. Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.[43]

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

Vorstand und Geschäftsführer

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte[44]
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: [45]

Kuratorium

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.[46] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. Hans-Peter Friedrich (CSU) und Günther Oettinger (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)[47]:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- Udo di Fabio, Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.
- Clemens Fuest, Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Verfasser der Studie Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021 für die Stiftung Familienunternehmen
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Hans-Werner Sinn, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation Wirtschaftsbeirat Bayern, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Bei der Anti-Windkraft-Initiative Vernunftkraft Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“[48] Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.[49][50] Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.[51][52]
- Kay Windthorst, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Förderkreis

Laut Satzung können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen
- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.[53] Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.[54] Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören

- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.[55] Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist hier abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich hier. Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.[56]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.[57] Aus Gesprächen mit Insider:innenund internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.[58] Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace[59] hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut Gewinn- und Verlustrechung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024 erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

Weitere Informationen

- „Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025
- Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025
- Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025
- Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025
- Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025
- Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023

- Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022
- Erbschaftsteuer – Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Der Transparenz verpflichtet, familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ Presseinformation vom 07.06.2021, abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ Presseinformation vom 07.06.2021, abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ Definition von Familienunternehmen, familienunterrnehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau, familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ Das kann weg!, business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ Weimer Media Group, weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke, abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen, abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ Standortfaktor Körperschaftsteuer Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland, Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland, Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern, Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitwende, Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
16. ↑ Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer, finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer, finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ Verfassungwidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche, finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer, gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher, zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben, merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025

22. ↑ Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall,tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen, iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ Pressemitteilung, sachverstaendigenrat-wirtschaft,de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ Jahresgutachten 2025, Ziffer 433, sachverstaendigenrat-wirtschaft,de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster, Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt, Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer, Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus, taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ Familienunternehmen gewinnen Lobbyschlacht um die Erbschaftsteuer, sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer", spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe, tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung, Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise, Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage, die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an, Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung, Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
41. ↑ Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden, LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern, sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ Prof. Rainer Kirchdörfer, hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ Vorstand & Geschäftsführung, familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ Kuratorium, familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ Wissenschaftlicher Beirat, famliienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025

49. ↑ Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht, ubermedien.de vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn, in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, claudiakemfert.de, abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ Wissenschaftler kritisieren Studie scharf, wiwo.de vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat, wiwo.de vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
54. ↑ Lobby für Superreiche?, tagesschau.de vom 25.09.2025, abgerufen am19.10.2025
55. ↑ Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ Förderer werden, familienuntenehmen.de, abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ Förderer werden, familienuntenehmen.de, abgerufen am 22.20.2025